

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Inflation und Preisexplosion - Das Leben in Brandenburg bezahlbar machen

Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges in der Ukraine werden auch in Brandenburg immer deutlicher spürbar. Die Energie- und Kraftstoffpreise kletterten in den letzten Wochen auf historische Höchststände. Aufgrund der dadurch gestiegenen Produktions- und Transportkosten explodieren in der Folge nun auch die Preise anderer Güter. Insbesondere Lebensmittel sind davon betroffen. Die Welternährungsorganisation ermittelte im März einen Anstieg der globalen Nahrungsmittelpreise um 33,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. In Deutschland verzeichneten wir eine Verteuerung der Lebensmittel um durchschnittlich 5,9 %. Hinzukommt eine Angebotsknappheit zahlreicher Güter aufgrund der durch die Nachwehen der Coronapandemie belasteten Lieferketten, vor allem im Bereich der Elektronik. All das wirkt sich auf die Teuerungsrate aus und führt zu einem rasanten Anstieg der Verbraucherpreise. Insgesamt lag die Inflation in Deutschland im März 2022 bei 7,3 %, was den höchsten Wert seit mehr als 40 Jahren darstellt.

Für immer mehr Menschen in Brandenburg wird das ebenso wie für die Betriebe im Land zu einem großen Problem - gerade weil viele noch immer mit den finanziellen Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. Der Krieg in der Ukraine hat die Hoffnungen auf eine baldige wirtschaftliche Erholung zunichte gemacht. Zahlreiche Unternehmen geraten aufgrund der gestiegenen Energie- und Transportkosten in Liquiditätsprobleme oder müssen ihren Betrieb (zeitweise) einstellen. Bei den privaten Haushalten sind vor allem jene mit wenig Geld und geringen Einkommen betroffen. Für sie stellen die Preissteigerungen eine existenzielle Bedrohung dar. Längst ist jedoch auch die Mitte der Gesellschaft betroffen. So hat eine vierköpfige Familie eine zusätzliche Belastung durch Preisanstiege bei Energie und Nahrungsmitteln allein im ersten Quartal von 271 Euro zu verkraften. Viele Haushalte können derart große Preissteigerungen nicht mehr ausgleichen und geraten so in die Armutsfalle. Erst unlängst haben die Tafeln deshalb Alarm geschlagen.

In Brandenburg stellen die jüngsten Preissteigerungen ein besonders großes Problem dar. Nicht nur weil das Land einen der größten Niedriglohnsektoren der Bundesrepublik hat, sondern auch weil die Brandenburgerinnen und Brandenburger schon seit Jahren mit massiven Preissteigerungen, insbesondere im Bereich des Wohnraums, zu kämpfen haben. Die jüngsten Teuerungen verschärfen diese Situation zusätzlich. Hinzukommt: In kaum einem Land müssen die Menschen so weite Strecken auf dem Weg zur Arbeit zurücklegen wie im Flächenland Brandenburg. Der enorme Anstieg der Kraftstoffpreise schlägt also auch hier besonders zu Buche.

Viele Menschen fühlen sich dadurch zunehmend verunsichert. Die Sorgen vor sozialem Abstieg und ernsten finanziellen Problemen machen sich breit. Planbarkeit ist kaum noch gegeben. Das Entlastungspaket des Bundes ist hier ein erster Schritt, um den Menschen unter die Arme zu greifen. Eine Studie des DiW hebt allerdings hervor, dass die Maßnahmen nicht ausreichen, um insbesondere ärmere Haushalte vor den Folgen der Inflation zu schützen. Einkommensschwache Haushalte, so die Autoren, seien trotz des Pakets weiterhin besonders von den Preissteigerungen betroffen. Neben kurzfristigen Maßnahmen bräuchte es hier vor allem dauerhaft höhere Sozialleistungen und ein armutsfestes Sozialsystem. Zudem gehen mit Rentnerinnen und Rentner sowie Studierenden große gesellschaftliche Gruppen bei der Energiepreispausepauschale komplett leer aus.

Der Landtag Brandenburg soll diskutieren, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Leben in Brandenburg dauerhaft bezahlbar zu machen und was das Land tun kann, um Menschen wie Wirtschaft vor den Preissteigerungen zu schützen.